

Parteien vor den Dumawahlen: Die Außenpolitik in den Programmen

Alexandrova, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Alexandrova, O. (1999). *Parteien vor den Dumawahlen: Die Außenpolitik in den Programmen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 52/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48268>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland 1999/7*

Nr. 52/1999

23. November 1999

Parteien vor den Dumawahlen: Die Außenpolitik in den Programmen

Zusammenfassung

Von 28 zu den Wahlen zugelassenen Wahlvereinigungen haben lediglich vier oder fünf reale Chancen, in die Duma einzuziehen. Im Wahlkampf 1999 spielen Probleme der Außenpolitik eine eher untergeordnete Rolle. Die außenpolitischen Aussagen in Wahlplattformen und Parteiprogrammen sind meistens sehr allgemein formuliert. Zusammenfassend können folgende Punkte genannt werden, die in fast allen Wahlprogrammen hervorgehoben werden: die Betonung der europäischen Ausrichtung; ein deutlicher Abstand zu den USA; bei den meisten Parteien eine Relativierung der Beziehungen zu den GUS-Staaten. Allerdings wird der Wahlkampf in seiner letzten, "heißen" Phase durch die russische Reaktion auf die westliche Kritik des zweiten Tschetschenien-Kriegs geprägt. Obwohl das russische Parlament auf die Formulierung der Außenpolitik nur indirekt und in beschränktem Ausmaß Einfluß nehmen kann, verfügt es doch über Mittel, auf die Regierung Druck auszuüben. Aber welche Gestalt die Außenpolitik Rußlands in Zukunft annehmen wird, entscheidet sich erst nach den Präsidentschaftswahlen 2000.

Bereits bei den Dumawahlen 1995 spielten außenpolitische Fragen eine eher untergeordnete Rolle. In den Wahlplattformen-99 ist den Problemen der internationalen Politik im Vergleich zum Wahlkampf 1995 noch weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dabei sind entsprechende Aussagen meist sehr allgemein formuliert. Die Wahlvereinigungen werden von den Wählern nicht so sehr nach ihrer Programmatik, als nach Personen, nach den Spitzenkandidaten beurteilt, deren Namen oben auf den Parteilisten stehen. Dazu kommt, daß sich die Positionen der Regierung und der Opposition in außenpolitischen Fragen auf der Basis eines anti-westlichen Konsenses angenähert haben und die Außenpolitik nicht mehr als Instrument des innenpolitischen Kampfes eingesetzt wird. Allerdings wird der Wahlkampf in seiner letzten, "heißen" Phase durch die russische Reaktion auf die westliche Kritik am zweiten Tschetschenien-Krieg geprägt.

Für die Wahlen zur Staatsduma 1999 sind 28 Wahlvereinigungen, Wahlblöcke und Parteien registriert worden. Davon haben nach Ergebnissen der Meinungsumfragen lediglich vier oder fünf Wahlvereinigungen und -blöcke reale Chancen, in die Duma einzuziehen. Dazu gehören die Wahlvereinigung "Kommunistische Partei der RF", der Wahlblock "Vaterland-Ganz Rußland" des

früheren russischen Außenministers und Ministerpräsidenten Evgenij Primakov und des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Lužkov, die Wahlvereinigung "Jabloko" mit Grigorij Javlinskij und Sergej Stepašin, auch einem ehemaligen Ministerpräsidenten an der Spitze, der vom Kreml ins Leben gerufene Wahlblock "Einheit" ("Medved") sowie der Block von Vladimir Žirinovskij. Noch drei oder vier weitere Parteien (Wahlvereinigungen, Blöcke) – die Wahlvereinigung "Frauen Rußlands", der Wahlblock "Union der rechten Kräfte" der Reformpolitiker Sergej Kirienko, Boris Nemcov und Irina Chakamada, die Republikanische Volkspartei – Bewegung "Ehre und Vaterland" von Alexander Lebed – könnten unter Umständen die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Die Positionen der Wahlvereinigungen und Parteien werden hier in der Reihenfolge dargestellt, in der sie auf dem Stimmzettel stehen.

"Jabloko"

Die Außen- und Sicherheitspolitik gehört in der Staatsduma zu den Bereichen, in denen die "Jabloko"-Fraktion sehr stark vertreten ist. Einer der drei Spitzenkandidaten, Vladimir Lukin, ist Vorsitzender des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, und ein anderes führendes Mitglied der "Jabloko"-Fraktion, Aleksej Arbatov, ist stellvertretender Vorsitzender des Duma-Verteidigungsausschusses. Im außenpolitischen Teil seiner Plattform¹ zählt "Jabloko" den obligatorischen Tribut an die in Rußland gängige These von der "multipolaren Welt" und erklärt, daß Rußland gegen die Ansprüche der USA und der NATO auf "Monopolarität" kämpfen solle. Dabei wird allerdings festgestellt, daß Rußland die Prätention auf die Rolle eines zweiten Pols nicht erheben könne und sich bescheidene, aber realisierbare Aufgaben im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stellen solle. Diese Bescheidenheit sei auf keinen Fall einem Isolationismus oder einer "Merkantilisierung" der Außenpolitik, im Sinne einer Konzentrierung auf ausschließlich wirtschaftliche Beziehungen, gleichzusetzen.

"Jabloko" ist ausgesprochen europäisch orientiert. Als Priorität wirtschaftlicher und politischer Bindungen Rußlands wird Europa hervorgehoben: die Europäische Union und andere europäische Organisationen (OSZE, Europarat) werden als Hauptrichtung der außenpolitischen Beziehungen Rußlands definiert. Im Prozeß der Integration mit Europa werde Rußland eine der führenden Großmächte bleiben können; die Tendenz zu Selbstisolierung dagegen führe nach Asien, wo Rußland keineswegs die erste Rolle spielen würde. Im Süden werden als Hauptpartner Rußlands Indien und Iran genannt. "Jabloko" tritt für ausbalancierte Beziehungen zu China und Japan ein, "ohne Übertreibung in die eine oder andere Richtung", was implizit eine Absage an eine "strategische Partnerschaft" mit China bedeutet.² In dieser Auflistung wird die Bedeutung des post-sowjetischen Raums für Rußland zwar erwähnt, aber relativiert. Ziel der Politik gegenüber den GUS-Staaten sollten die gleichberechtigte wirtschaftliche Integration und der Aufbau normaler diplomatischer und Handelsbeziehungen sein.

Bezeichnend ist, daß das Verhältnis zu den USA unter den außenpolitischen Prioritäten an letzter Stelle genannt wird: Die russisch-amerikanischen Beziehungen sollten sich nur in jenen Bereichen entwickeln, in denen es für Rußland möglich sei, mehr oder weniger auf der Basis der Gleichberechtigung zu handeln, insbesondere auf den Gebieten Rüstungskontrolle und Abrüstung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Rußland solle ein mit dem amerikanischen vergleichbares nukleares Potential aufrechterhalten.

Der Wahlblock "Vaterland-Ganz Rußland"

In der Gestalt des ehemaligen Außenministers und Ministerpräsidenten Jevgenij Primakov verfügt der Block "Vaterland-Ganz Rußland" über den Architekten und Ideologen der russischen Außenpolitik. Darüber hinaus kann sich der Block auf ein starkes Team von Experten stützen: Fast alle führenden außen- und sicherheitspolitischen Experten arbeiten eng mit dem Block zusammen,

¹ Tezisy k programme ob-edinenija "Jabloko" na vyborah deputatov Gosudarstvennoj Dumy 1999, in: <http://www.yabloko.ru/Union/Program/prog-99-tezis-rights.html>, download 5.10.1999.

² Aleksej Arbatov ist z.B. für seine skeptische Haltung gegenüber der "strategischen Partnerschaft" mit China bekannt.

und der einflußreiche Rat für die Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP) dient Primakov als Forum. Die außenpolitische Agenda des Blocks "Vaterland-Ganz Rußland" ist sehr stark von Primakovs Vorstellungen geprägt. Dabei scheint es, daß die beiden Spitzenkandidaten, Primakov und Lužkov, eine Arbeitsteilung vollzogen haben: Lužkov ist für die Beziehungen zum "nahen Ausland"³ und Primakov für die "wirkliche" Außenpolitik zuständig. Primakovs Ansichten sind aus seiner Amtszeit als russischer Außenminister (1996-1998) und Ministerpräsident (1998-1999) im Westen gut bekannt. Primakov ist der festen Überzeugung, daß Rußland gerade vor dem Hintergrund seiner Krise den Anspruch auf Großmachtstatus aufrechterhalten und weiterhin offensiv vertreten soll. Eine "unipolare Welt" unter der Ägide der USA sei für Moskau unannehmbar. Das Streben Rußlands, seine Rolle als Großmacht wiederherzustellen, gerät in Widerspruch zur Präention der USA auf das Weltmonopol.

In der Wahlplattform des Blocks "Vaterland-Ganz Rußland"⁴ steht so gut wie nichts zur Außenpolitik. Lediglich in der Präambel, die den Block zur Vereinigung der Etatisten (*gosudarstvenniki*) erklärt, ist ein Absatz dem Großmachtstatus Rußlands gewidmet. Der Etatist verteidige unbeugsam, konsequent und ruhig die Interessen seines Vaterlandes, so daß alle wissen sollten, daß der Block eine geringschätzige Haltung gegenüber Rußland nicht hinnehmen werde. Rußland sei eine Großmacht gewesen und werde eine solche bleiben. Der Block gibt Rußlands Bereitschaft kund, nicht als ein "von irgend jemand geführter Staat" zu agieren, sondern als gleichberechtigter Partner der "Mächtigen dieser Welt".

Im Programm der Organisation "Vaterland"⁵ (eines der beiden Partner im Wahlblock "Vaterland-Ganz Rußland") gibt es dagegen einen separaten außenpolitischen Teil. Dieser ist in der besten Tradition der *deržavniki* (Verfechter einer Großmacht-Politik) verfaßt. Rußland müsse endlich anfangen, als eine Großmacht auf der Grundlage der Größe des russischen Geistes zu denken und zu handeln. Es bestehe die "Bedrohung" der Herausbildung einer "unipolaren" Welt. Die Hoffnungen auf eine schnelle Integration Rußlands in die Gemeinschaft zivilisierter Staaten hätten sich als Illusion erwiesen. Im Westen wachse die Tendenz, Rußland zu isolieren. Es gebe für Rußland keinen einzigen Grund, die NATO-Osterweiterung zu unterstützen. Die Gefahr, die Staatssouveränität zu verlieren, werde größer. Nur ein sehr mächtiges Land könne es sich leisten, eine schwache Außenpolitik durchzuführen.

Zu den primären Interessen werden u.a. folgende gezählt:

- die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Rußlands;
- die Schaffung günstiger internationaler Bedingungen für die Vermehrung nationalen Reichtums;
- das Abwenden der internationalen Isolierung des Landes;
- die Aufrechterhaltung traditioneller Einflußsphären und traditioneller Partner;
- die Eindämmung globaler Bedrohungen der nationalen Sicherheit (Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Umweltprobleme, internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogenhandel).

Als Hauptpriorität werden die Beziehungen zu den neuen unabhängigen Staaten (den ehemaligen Sowjetrepubliken) genannt, darunter in erster Linie zu Belarus, Ukraine und Kasachstan. Die enge Union mit Belarus solle sichergestellt werden. Die Politik gegenüber den Landsleuten im (nahen) Ausland wird in einem gesonderten Paragraph behandelt. Hier wird u.a. die Forderung erhoben, dem Russischen in allen Staaten des "neuen Auslands" den Status der zweiten Staatssprache oder "min-

³ Im Oktober 1999 veröffentlichte Lužkov einen ausführlichen Aufsatz über die Politik gegenüber den Landsleuten im Ausland: Jurij Lužkov, Kulikovo Pole sovremennoj Rossii, in: Sodružestvo NG (Beilage zur "Nezavisimaja gazeta"), Nr. 9, 27.10.1999, S. 3-4.

⁴ Zakony vo imja Rossii. Predvybornaja platforma Izbiratel'nogo bloka "Otečestvo-Vsja Rossija", in: <http://allrussia.kru.ru>, download 5.10.1999.

⁵ "Otečestvo" (obščerossijskaja političeskaja obščestvennaja organizacija...), Programma, in: <http://www.society.ru/bibl/partii/otechestvo/doc.html>, download 11.11.1999.

destens der Sprache der internationalen Verständigung" (die Breschnewsche Formel) zu verleihen, was für die meisten Staaten inakzeptabel wäre.

Die EU-Staaten sowie die ostmitteleuropäischen Länder gelten als wirtschaftliche Hauptpartner. Die Stärkung der russischen Politik in Asien, insbesondere im Asiatisch-Pazifischen Raum, stelle eine langfristige Priorität dar. Rußland solle auch jenen Staaten mehr Aufmerksamkeit schenken, die sich südlich der GUS-Grenzen befinden. Auffallend ist, daß die USA als eine der Prioritäten der russischen Außenpolitik überhaupt nicht erwähnt werden.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Die Wahlplattform der KPRF ist in Form eines leidenschaftlichen Appells an die "Patrioten Rußlands" verfaßt.⁶ Im Appell werden drei Hauptziele gesetzt: das russische Volk vom Aussterben zu bewahren; die staatliche Integrität und die Einheit des Landes zu festigen sowie die wirtschaftliche Katastrophe zu überwinden. Die Kommunisten geben 15 Versprechen, wie sie diese Ziele erreichen werden; nur ein Punkt hiervon betrifft den außenpolitischen Bereich. Die KPRF verspricht, im Falle ihrer Machtübernahme, alle Hindernisse auf dem Wege der Vereinigung Rußlands mit Belarus und der Ukraine in einen Unionsstaat zu beseitigen. Dies ist nicht überraschend, da die Kommunisten immer vehement für die Vereinigung mit Belarus Lukašenkos eintraten. Überraschend dagegen ist die Tatsache, daß die Kommunistische Partei die neuen Realitäten im post-sowjetischen Raum implizit anerkannt und ihre integrationistischen Bestrebungen im Vergleich zum Wahlkampf 1995 stark eingeschränkt hat. Im Jahre 1995 hatten die Kommunisten noch versprochen, die Sowjetunion wiederherzustellen. Auch wenn es keinen Eingang in die Wahlplattform gefunden hat, ist es doch ein allgemein bekannter Sachverhalt, daß die außenpolitische Doktrin der russischen Kommunisten von offener Feindschaft gegenüber dem Westen gekennzeichnet ist. Der Westen ist aus Sicht der Kommunisten der zentrale und ewige geopolitische, ökonomische und ideologische Rivale der "rußländischen Zivilisation". Genauer gesagt ist der Westen allgemein eher lediglich ein Rivale, während der wirkliche Feind Rußlands in der Gestalt der USA wahrgenommen wird.

Andere Parteien

Die meisten Wahlvereinigungen haben kaum Chancen, als Fraktion in die neue Duma einzuziehen, manche ihrer Spitzenkandidaten können jedoch ein Direktmandat gewinnen. Aus diesem Grund sollen außenpolitische Vorstellungen einiger Wahlblöcke kurz geschildert werden. Der "Block Žirinovskijs" hat keine eigene Wahlplattform, die Liberaldemokratische Partei, die Partei von Žirinovskij, hat dagegen ein umfangreiches Programm.⁷ Dort wird gefordert, daß Rußland den Ansprüchen der USA auf Weltherrschaft entgegentreten solle. Die LDPR ist für Bündnisbeziehungen zum Iran sowie zu Libyen, Kuba, Vietnam und Indien, um die "Kraft des Westens zu lähmen". Die an Rußland grenzenden Staaten sollten einen "Pufferschutzgürtel" bilden. In der GUS sei eine flexible und individuelle Politik gegenüber jedem einzelnen Staat notwendig. Die Innenpolitik der Staaten mit einer großen russischen Minderheit (Kasachstan, die Ukraine, Lettland und Estland) sei ein Bestandteil der Außenpolitik Rußlands.

Im ausführlichen Programm der "Union der rechten Kräfte"⁸, der Wahlvereinigung der reformorientierten Politiker, besteht der einzige Bezug auf die außenpolitische Problematik im Versprechen, die Außenschuld Rußlands zu regeln. Auch die ehemalige "Partei der Macht", die Bewegung "Unser Haus Rußland" des früheren Ministerpräsidenten Viktor Černomyrdin beschränkt ihre außenpolitischen Versprechungen auf die Regelung der Außenschuld Rußlands und auf die Wiederherstellung des Vertrauens ausländischer Investoren in das Land.⁹

⁶ Za pobedu patriotov Rossii, in: <http://www.kprf.ru/zapobedu.htm>, download 3.11.1999.

⁷ Programma Liberal'no-demokratičeskoj partii Rossii, in: <http://www.ldpr.ru/party.htm>, download 14.10.1999.

⁸ Sojuz pravych sil. Pravij manifest, in: [wysiwig:/17/http://www.pravdelo.ru/progr.htm](http://www.pravdelo.ru/progr.htm), download 6.10.1999.

⁹ Desjat' šagov v XXI vek, in: Rossijskaja gazeta, 6.9.1999.

Der Krieg in Tschetschenien

Der Krieg in Tschetschenien und die Kritik des Westens am harten militärischen Vorgehen des russischen Militärs im Nordkaukasus beherrschen zur Zeit die außen- und sicherheitspolitische Agenda in Rußland. Allerdings ist dieser Krieg kein Streitpunkt im Wahlkampf, da es so gut wie keine inhaltliche Auseinandersetzung über dieses Problem gibt. Die militärische Operation im Nordkaukasus genießt breite Unterstützung in der Bevölkerung. In einer der jüngsten Meinungsumfragen erklärten 66,4 Prozent der Befragten, daß sie völlig oder teilweise militärische Aktionen in Tschetschenien befürworten.¹⁰ Manche Politiker und Parteien unterstützen vorbehaltlos die Politik Putins in Tschetschenien (Nationalpatrioten, Kommunisten, die LDPR Žirinovskijs usw.), andere bemühen sich zwar um eine nuanciertere Haltung, geraten dabei jedoch in Widerspruch. Sie erklären die militärische Operation gegen Grosnyj für notwendig, räumen zugleich jedoch ein, daß es keine militärische Lösung des Tschetschenien-Problems gebe (so z.B. Jevgenij Primakov¹¹ oder der Vorsitzende der KPRF, Gennadij Zjuganov, bei seinem jüngsten Besuch in Berlin¹²). Sogar liberal und westlich orientierte russische Reformpolitiker unterstützen – im Gegensatz zu ihren Positionen im ersten Tschetschenien-Krieg von 1994-1996 – das harte Vorgehen der Militärs im Nordkaukasus. Egor Gajdar erklärte, daß sich die internationale Gemeinschaft des Ausmaßes der terroristischen Bedrohung nicht bewußt sei und den Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Tschetschenien-Krieg nicht begreife.¹³ Boris Nemcov hält die Reaktion der Regierung Putin für angemessen.¹⁴ Von allen führenden russischen Politikern hat sich lediglich Grigorij Javlinskij für die Einstellung der Bombardierungen und Verhandlungen mit Grosnyj ausgesprochen, wenn auch nicht von Anfang an. Wegen dieser Initiative wurde Javlinskij von allen Seiten attackiert. Der Reformler Anatolij Čubajs kritisierte Javlinskij mit den Worten: "In Tschetschenien ist die Wiedergeburt der russischen Armee im Gange, und der Glaube in die Armee gewinnt an Kraft. Derjenige Politiker, der nicht so denkt, darf sich nicht als russischen Politiker bezeichnen. In diesem Falle gibt es für ihn nur einen Namen, und zwar Verräter."¹⁵ Allerdings reagieren die Vertreter von "Jabloko" auf die westliche Kritik genauso negativ wie andere russische Politiker. Aleksej Arbatov z.B. sagte, daß internationaler Druck in dieser Frage inakzeptabel sei, besonders nach dem, was die NATO auf dem Balkan getan habe.¹⁶

Schlußfolgerungen

Zwei Ereignisse des Jahres 1999 bestimmen heute in Rußland die außen- und sicherheitspolitischen Positionen: die Politik der NATO im Kosovo und die westliche Kritik am zweiten Krieg in Tschetschenien. Aber in Rußland selbst findet eine inhaltliche Auseinandersetzung über außenpolitische Fragen nicht statt, die rhetorische Kontroverse wird mit dem Westen geführt. Die gesamte Stimmung ist deutlich anti-westlich, vor allem anti-amerikanisch geworden. Die außenpolitische Problematik zeichnet sich im Wahlkampf 1999 vor allem durch zwei Besonderheiten aus. Die meisten Programme und Wahlplattformen nehmen deutlichen Abstand von einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den USA und betonen die Notwendigkeit der europäischen Ausrichtung der russischen Außenpolitik. Die Bedeutung der Beziehungen zu den GUS-Staaten – mit Ausnahme von Belarus – und der Politik im post-sowjetischen Raum generell wird in der russischen Politik im allgemeinen und für eine mögliche Instrumentalisierung im Wahlkampf insbesondere immer geringer.

¹⁰ Jamestown Monitor, Bd. V, Nr. 215, 18.11.1999.

¹¹ Vgl. z.B. das Fernseh-Interview Primakovs in: BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 17.11.1999, S. 5. Primakov befürchtet, daß im Zuge der anti-tschetschenischen Propaganda, die z.Z. die russischen Medien beherrscht, der "Geist des Nationalismus aus der Flasche gelassen wird".

¹² FAZ, 17.11.1999.

¹³ Interfax, 4.11.1999, zit. nach: Johnson's Russia List, Nr. 3607, 5.11.1999.

¹⁴ FAZ, 1.11.1999.

¹⁵ Izvestija, 13.11.1999.

¹⁶ BPA, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland, 11.11.1999, S. 1.

Es stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Zusammensetzung der neuen Staatsduma für die Formulierung der künftigen russischen Außenpolitik haben wird. Das russische Parlament hat keinen direkten Einfluß auf die Gestaltung des außenpolitischen Kurses des Landes. Die Außenpolitik ist die Prerogative des Präsidenten, und der Außenminister ist, zusammen mit dem Verteidigungs- und dem Innenminister sowie dem Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes FSB, nicht dem Regierungschef, sondern dem Präsidenten direkt unterstellt. Dennoch kann die Duma eine gewisse Rolle im außenpolitischen Bereich spielen. Allerdings ist diese Rolle äußerst selten konstruktiv. Erstens muß das Parlament internationale Verträge ratifizieren, womit es Druck auf die Regierung ausüben kann (z.B. weigert sich die Duma bereits seit zwei Legislaturperioden, den wichtigen Vertrag mit den USA über die Reduzierung von strategischen Waffen, den START-2-Vertrag, zu ratifizieren). Zweitens tragen die oft nationalistisch geprägten Debatten in der Duma zur Verbreitung anti-westlicher Stimmungen in Rußland zweifellos bei, was sich besonders deutlich während der Kosovo-Krise gezeigt hat. Da eine der wichtigsten Funktionen der Duma in der Verabschiedung des Staatshaushalts besteht, hat sie die Möglichkeit, auf die Verteidigungspolitik des Landes einzuwirken. Unter dem Eindruck der Kosovo-Krise und des Tschetschenien-Kriegs hat die Duma die Verteidigungsausgaben für den Haushaltsentwurf des Jahres 2000 bereits nicht unwesentlich erhöht. Welche Gestalt die Außen- und Sicherheitspolitik Rußlands in Zukunft tatsächlich annehmen wird, entscheidet sich aber erst nach den Präsidentschaftswahlen 2000.

Olga Alexandrova

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071